

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 67. Ratssitzung vom 2. Oktober 2019

1750. 2019/207

Weisung vom 15.05.2019:

Finanzdepartement, Instandsetzung und Umbau von Kongresshaus und Tonhalle, Zusatzkredit für Investitionsbeitrag an Kongresshaus-Stiftung Zürich für bauseitige Mehrkosten (9,4 Millionen Franken) und für einmaligen Beitrag an die Tonhalle-Gesellschaft Zürich wegen Verschiebung Eröffnungstermin (3,7 Millionen Franken)

Antrag des Stadtrats

Für die Instandsetzung und den Umbau von Kongresshaus und Tonhalle wird ein Zusatzkredit von höchstens Fr. 13 100 000.– wie folgt bewilligt:

- a. Als einmaliger Investitionsbeitrag an die Kongresshaus-Stiftung Zürich (und nicht als Dotationskapital) für bauseitige Mehrkosten: höchstens Fr. 9 400 000.–;
- b. Als einmaliger Beitrag an die Tonhalle-Gesellschaft zur Deckung der Kosten wegen der Eröffnungsverschiebung: höchstens Fr. 3 700 000.–.

Der in der Gemeindeabstimmung vom 5. Juni 2016 gemäss Ziffer 1 bewilligte Objektkredit von höchstens Fr. 239 450 000.– erhöht sich somit um höchstens Fr. 13 100 000.– auf höchstens Fr. 252 550 000.–. Die im gleichen Beschluss gemäss Ziffer 2 bewilligten jährlichen wiederkehrenden Beiträge von höchstens Fr. 5 400 000. – bleiben unverändert.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Dr. Pawel Silberring (SP): *Im März 2019 informierte der Stadtrat, dass der Umbau nicht wie geplant fertiggestellt werden könne. Die Eröffnung muss um sechs Monate verschoben werden. Es ist zudem mit einer Kostenüberschreitung von bis zu 6 % zu rechnen. Einerseits müssen wichtige Projektänderungen vorgenommen werden, andererseits sind die Reserven so weit aufgebraucht, dass es ohne neue Mittel im schlimmsten Fall zu einem Baustopp käme. Es wird sich zeigen, ob es tatsächlich zu Kostenüberschreitungen kommen wird. Die vorliegende Weisung beantragt nun einen Kredit von 13,1 Millionen Franken. Dieser setzt sich wie folgt zusammen: 3,7 Millionen Franken für die Tonhalle zur Kompensation der Kosten, die durch die Verschiebung der Eröffnung anfallen, 2,5 Millionen Franken für die Projektoptimierungen, von denen man sich einen spürbaren Mehrwert für den Betrieb erwartet, und 6,9 Millionen Franken Reserven, die für Probleme beim Bau verwendet werden können. Die Reserven werden aber nur ausbezahlt, wenn sie tatsächlich benötigt werden. Andernfalls verbleibt das Geld in der Stadtkasse. Anders verhält es sich mit dem Dotationskapital. Dieses würde dann bei der*

Kongresshausstiftung verbleiben. Die Weisung betrifft ein Gebäude, das für die Bildungs- und Kulturstadt Zürich sowie den Wirtschaftsstandort Zürich von grosser Bedeutung ist. Der Stadtrat hat die Weisung frühzeitig vorgelegt. Wir hatten genügend Zeit, um nach mehrheitsfähigen Lösungen zu suchen. Es galt, den bestmöglichen Entscheid für die Zukunft zu finden. Die 3,7 Millionen Franken für die Verschiebung der Eröffnung waren in der Kommission unbestritten. Auch die zusätzlich geplanten Projektänderungen blieben in den Anträgen weitgehend unangetastet. Bei den beantragten Reserven hingegen liegen drei verschiedene Dispo-Anträge vor.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss Nrn. 1751/2019–1754/2019)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Dass die Instandsetzung des Kongresshauses und der Tonhalle kein Spaziergang wird, war von Anfang an klar. Wer einmal an der Baustelle war und die Komplexität des Hauses erfahren hat, wird das bestätigen. Klar war aber immer, dass wir mit dem Gemeinderat und mit der Stimmbevölkerung den Weg für ein gutes Kongresshaus und eine gute Tonhalle gehen und diese wieder à jour bringen wollen, nachdem in den vergangenen 100 Jahren immer wieder kleine Aufbesserungen gemacht wurden. Diesen Weg gehen wir weiter – nicht zu einem bitteren, sondern zu einem guten Ende. Dass der Gemeinderat nicht erfreut ist, dass er für das Projekt nochmals Geld bewilligen soll, verstehe ich. Es ist auch richtig, dass er nachfragt. Einige Anmerkungen zum Thema: Bis jetzt haben wir keine Kostenüberschreitung. Es geht vorliegend um eine Absicherung, wenn es zu einer Überschreitung der 165 Millionen Franken kommen würde, die wir ursprünglich eingeplant haben. Eine Seitenbemerkung: Im Geschäftsbericht kann man nachprüfen, wie es sich bei unseren Projekten mit den Kostenüberschreitungen verhält. Wir gehen sehr sorgfältig um mit dem Steuerfranken. Wir sind in den Kosten der Projekte in den Zielkosten, das heisst, wir benötigen im Schnitt keine Reserven. Man könnte nun sagen, man solle einfach weiterbauen und erst dann das Geld beantragen, wenn klar wird, dass es nicht mehr reicht. Das wäre aber eine Vernachlässigung der Verantwortung. Wir wollten den Gemeinderat frühzeitig informieren, dass die im Kredit enthaltenen Reserven knapp werden könnten. Wir wollten Transparenz herstellen und nicht erst dann kommunizieren, wenn es nicht mehr anders geht. Wir haben alles offengelegt. In der Spezialkommission Finanzdepartement (SK FD), in der RPK und in der GPK wurden intensive Diskussionen geführt. Der Grund dafür, dass der Kredit möglicherweise nicht reicht und wir heute die vorliegende Weisung behandeln, sind Planungslücken. Die Planung war nicht vollständig. Das heisst nicht, dass man zu früh mit dem Bau angefangen hätte. Es wurde damals auch von extern bestätigt, dass man bereit ist, das Projekt zu starten. Es gab keine Planungsfehler. Nach Start des Projekts jedoch wurde die Planung nicht sauber nachgeführt. Es gab zusätzlich Planungsstau. Man hat festgestellt, dass die Planung zu wenig ausgereift war. Das merkt man aber nicht sofort – auch nicht mit den besten Kontrollsystemen. Baustellen sind sehr komplex. Ich bin froh, dass die Planungslücke jetzt und nicht noch später ans Licht kam. Der Steuerungsausschuss hat – vor dem Bekanntwerden der Planungslücke – gewisse Entscheidungen auf der falschen Annahme getroffen, dass die 165 Millionen*

Franken reichen, auch wenn man mit den Reserven als Teil des Dotationskapitals sinnvolle Projektanpassungen macht. Die Projektanpassungen sind aufgrund von Wünschen oder Bedürfnissen der Betriebe Kongresshaus und Tonhalle entstanden und wurden alle aufgelistet. Das Ziel war dabei stets eine bessere Nutzbarkeit und eine bessere Wirtschaftlichkeit der zwei Institutionen. Zwar wird kritisiert, dass der Steuerungsausschuss die Projektanpassungen nicht mit den Reserven hätte vornehmen dürfen. Doch niemand sprach davon, dass es unvernünftige Anpassungen gewesen wären und dass die Entscheidungen des Steuerungsausschusses keinen Sinn machen würden. Wichtig ist, dass die Entscheidungen in einem Bauprozess auch zum richtigen Zeitpunkt gefällt werden. Wir hatten den Fall, bei dem es um den Einbau der geschenkten Orgel ging. Man kann nicht am Ende eines Bauprojekts sagen, man hätte noch Geld übrig und wolle nun die Orgel und die Nische einbauen. Das wäre ein Unding in einem Bauprozess. Trotzdem darf es solche Planungslücken nicht geben. Der verantwortliche Planer wurde ausgewechselt. Der neue Verantwortliche wies danach darauf hin, dass die Reserven knapp sind. Der Steuerungsausschuss musste entscheiden, ob man eine Kostenüberschreitung riskiert nach dem Motto «wenn alles gut geht, reicht das Geld», oder ob wir dem Gemeinderat – wie nun geschehen – die unerfreulichen Fakten vorlegen und um die Absicherung der Reserven bitten. Das ist der Inhalt der Vorlage. Dazu gehören die ebenfalls unerfreuliche Terminverschiebung, und die Projektanpassungen, die auf Wunsch der beiden Institutionen noch angemeldet wurden. Der Steuerungsausschuss will am Ende ein funktionstüchtiges, wettbewerbsfähiges Kongresshaus und eine wunderbare Tonhalle. Ich hoffe, die erneuerte alte Tonhalle wird so toll klingen wie die provisorische Tonhalle im Maag-Areal – ohne Nebengeräusche oder Misstöne.

Kommissionsmehrheit Änderungsanträge und Kommissionsreferentin Schlussabstimmung:

Christina Schiller (AL): *Der Antrag wird zwar von einer Mehrheit unterstützt, die einzelnen Beweggründe sind aber sehr unterschiedlich. Das konnte man bereits den Fraktionserklärungen entnehmen. Die AL ist nicht bereit, der Kongresshausstiftung und dem Stadtrat einen Blankoscheck in der Höhe von 9,4 Millionen Franken zu erteilen. Unser Antrag beinhaltet deshalb, dass 4,7 Millionen Franken als Investitionsbeitrag bewilligt werden. Mit diesem Betrag sollten aus unserer Sicht vor allem wertsteigernde Investitionen getätigt werden. Die anderen 4,7 Millionen Franken sollen als verzinsliches Darlehen gesprochen werden, das mit 1,75 % verzinst wird und innert 25 Jahren zurückgezahlt werden muss. Die Kongresshausstiftung ist nicht verpflichtet, vom Darlehen Gebrauch zu machen. Sie kann darauf verzichten oder nur einen Teil davon beziehen. Im Gegensatz zum GLP-Antrag hat die Kongresshausstiftung bei unserem Antrag die Möglichkeit, selber zu entscheiden, welche Investitionen tatsächlich nötig sind und zwingend gemacht werden müssen. Abstriche sind wohl überall notwendig. Wir sind nicht einverstanden damit, dass die Stadt die Mehrkosten alleine tragen muss.*

Kommissionsminderheiten Änderungsanträge:

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP hat die Weisung nicht mit Begeisterung entgegengenommen. Das Volk hat damals einem Betrag von 165 Millionen Franken zugestimmt. Nun haben wir zwar vielleicht noch keine Kostenüberschreitungen, aber es werden gewisse erwartet. Es gab verschiedene Versuche, Irrungen und Wirrungen, bis es zu der von der AL-Vertreterin vorgestellten Mehrheit kam. Der Ablauf des Projekts besteht aus einer Serie von Pannen und ungenügenden Kontrollen. Das ist erstaunlich angesichts der Tatsache, dass im Steuerungsausschuss zwei Stadträte und die Stadtpräsidentin sitzen. Man fragt sich, ob die Informationen nicht, falsch oder zu spät geflossen sind. Stadtrat André Odermatt sprach von Planungslücken. Diese können tatsächlich vorkommen. Wenn man aber in der Geschichte zurückgeht, hat die Kommission, bevor das Projekt überhaupt in die Volksabstimmung kam, sehr genau nachgefragt, ob das Geld wirklich reicht und ob man genügend Reserven eingeplant habe. Es wurde wiederholt beteuert, dass dies der Fall sei. Nun erkennen wir, dass dem nicht so ist. Die Kommission des Finanzdepartements hatte nun jedoch nicht die Aufarbeitung der Vergangenheit zum Ziel, sondern musste einen guten Weg finden, wie man das Projekt abschliessen kann. Die FDP stellt einen Minderheitsantrag. Sie hat bei der Besichtigung der Baustelle und in der Kommission nachgefragt, wo man aus heutiger Sicht stehe und wie hoch die Wahrscheinlichkeit sei, dass nochmals unerwartete Kosten auftreten. Niemand weiss, wie die Welt in zwei Wochen aussehen wird. Doch aufgrund der Rückmeldungen der Fachleute haben wir die Bestätigung erhalten, dass keine Überraschungen mehr auftreten sollten. Aus heutiger Sicht betrachtet muss man sich fragen, warum die sogenannten Projektoptimierungen nicht ursprünglich eingeplant wurden. Es ist klar, dass man beispielsweise nicht jedes Mal einen Flügel auf eine Konzertbühne hieven will, dass es eine Bühne gibt, oder dass es eine Optimierung von Beschallungsanlagen braucht. Diese Optimierungen werden von niemandem in Frage gestellt. Unser Antrag lautet deshalb, dass man sich auf den Betrag von 2,5 Millionen Franken beschränkt. Es sind Reserven vorhanden. Das Gebäude ist noch nicht fertiggestellt. Deshalb sind wir der Ansicht, dass die 2,5 Millionen Franken ausreichen. Wir sind überzeugt, dass dieser Antrag auch dazu geführt hat, dass andere Fraktionen sich dann plötzlich überlegt haben, dass es eventuell auch mit etwas weniger Geld funktionieren würde. Ein Darlehen zu sprechen, wäre in unseren Augen ein Rückfall in alte Zeiten. Das ist früher schon vorgekommen, als die Kongresshausstiftung diverse Darlehen hatte und dann vor einem Problem stand. Wir beantragen deshalb, für die Projektoptimierungen 2,5 Millionen Franken zu sprechen. Der Betrag von 3,7 Millionen Franken für die Tonhalle hinsichtlich der Verschiebung der Eröffnung ist unbestritten.

Pirmin Meyer (GLP): Wir fordern die möglichst rasche Umsetzung des ursprünglichen Volkswillens. Es sollen keine unnötigen Projektänderungen und «Nice-to-have-Wünsche» aus den Reserven finanziert werden. Der Fokus soll auf eine rasche und effiziente Fertigstellung der Sanierung gelegt werden. Unser Antrag sieht vor, dass der vom Stadtrat beantragte zusätzliche Investitionsbeitrag von 9,4 Millionen Franken auf den Betrag von 6,7 Millionen Franken reduziert wird und sich somit der Zusatzkredit von 13,1 Millio-

nen Franken auf 10,4 Millionen Franken reduziert. Mit dem zusätzlichen Investitionsbeitrag sollen nur noch Ausgaben finanziert werden, die keinen Ermessensspielraum zulassen. Projektänderungen sollen nur zulässig sein, wenn sie durch höhere Mieten amortisiert werden können. Alles andere würde wieder zu einer Verschuldung der Trägerschaft führen. Im Vergleich zu den Anträgen der FDP und der AL hat unserer zwei Vorteile. Erstens: Er betreibt keine Klientelpolitik. Die FDP sichert mit dem Betrag von 2,5 Millionen Franken die Finanzierung der von der künftigen Mieterschaft Kongresshaus und Tonhalle gewünschten Projektoptimierungen und nimmt in Kauf, dass daraus ein Baustopp resultiert oder die Sanierung noch weiter verzögert wird. Dies hätte wiederum unabsehbare Folgekosten für die Steuerzahlerinnen und -zahler zur Folge. Beim AL-Antrag müsste die neue Trägerschaft erneut mit Schulden starten, falls das Darlehen in Anspruch genommen werden müsste. Aufgrund der bisherigen Entwicklungen kann das nicht ausgeschlossen werden. Die Grünliberalen versuchen mit ihrem Antrag, einerseits dem Volkswillen zu entsprechen, möglichst rasch das Projekt nah am gesprochenen finanziellen Rahmen der 165 Millionen Franken zu vollenden, und die neue Trägerschaft nicht wieder mit Schulden starten zu lassen. Den einmaligen Beitrag von höchstens 3,7 Millionen Franken an die Tonhalle-Gesellschaft zur Übernahme der zusätzlichen Kosten wegen der Verschiebung der Eröffnung stellen wir nicht in Frage.

Weitere Wortmeldungen:

Emanuel Eugster (SVP): Beim Bau eines solch grossen Projekts mit einer Bausumme von 165 Millionen Franken kann man durchaus erwarten, dass das Budget richtig berechnet wird. Es geht um das Geld des Steuerzahlers. Die Stadt trägt die volle Verantwortung und befindet sich in der Funktion eines Treuhänders für das Stimmvolk. Allein die Baumehrkosten betragen 9,4 Millionen Franken. Es handelt sich dabei zum Beispiel um zusätzliche WCs oder Klimaanlageanlagen im Verwaltungstrakt oder um Punkte ohne versteckte Kosten wie zum Beispiel Asbestversorgungen oder dergleichen. Es sind reine Sonderwünsche. Würde ein privater Hauseigentümer beim Bau seines Einfamilienhauses merken, dass er gerne noch einen Pool oder WC-Anlagen im Keller hätte, würde ihn das am Ende in den Ruin treiben. Gerade von einer Stadt, die Erfahrung mit Grossprojekten haben sollte, erwartet man, dass solche Fehler nicht passieren. Das Stimmvolk hat dem Betrag von 165 Millionen Franken zugestimmt und die Stadt trägt die Verantwortung, dass der Bau mit diesem Betrag realisiert werden kann. Mit dem Durchwinken des Zusatzkredits wird ein Rettungsfallschirm aufgezogen, für den die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bluten müssen. Die SVP kann das so nicht akzeptieren. Alle Parteien sollten hier an einem Strick ziehen und einen Nachtragskredit ablehnen. Es geht um das Geld jedes Einzelnen. Wir lehnen die Weisung und sämtliche Anträge ab.

Elena Marti (Grüne): Wir wollen ein Kongresshaus, das zukunftsfähig ist und somit gewissen Standards entspricht. Wir sind froh, dass durch den Umbau und der Instandsetzung ein neues, teures Kongresshaus an einem anderen Standort verhindert wurde. Dass es aufgrund der alten Bausubstanz während der Umbauphase Schwierigkeiten gab, und dass wir aufgrund von Planungsunschärfen und Bauschwierigkeiten nun eine zusätzliche Weisung behandeln müssen, ist für alle Beteiligten nicht ideal. Doch wenn

wir ein Kongresshaus und eine Tonhalle wie 2016 von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern abgesegnet haben wollen, müssen wir bereit sein, den Zusatzkredit zu bewilligen. Die Bürgerlichen wollen das Projekt gefährden und den Zusatzkredit reduzieren, obwohl es sich nur um eine Reserve für mehr Planungssicherheit handelt. 13 Millionen Franken sind im Vergleich zu den 2016 abgesegneten 165 Millionen Franken Baukredit und 1,65 Millionen Franken für das Tonhalle-Provisorium kein absurder Betrag. Dass die GLP und die FDP hier nun Kürzungen fordern, obwohl der Betrag als Reserve wirken soll, ist sehr fragwürdig. Da es für die stadträtliche Weisung in der Kommission keine Mehrheit gab, beteiligen wir uns an einem Kompromissantrag. Dieser teilt den vorgesehenen Betrag von 9,4 Millionen Franken an die Kongresshausstiftung in einen einmaligen Investitionsbeitrag und in ein verzinsliches Darlehen auf. Die Kongresshausstiftung kann das Darlehen beantragen, wenn es im weiteren Bauverlauf nötig wird. Wir hoffen aber, dass dieses Szenario nicht eintreffen wird. In jenem Fall würde die Stiftung trotz der erreichten früheren Entschuldung von 72,8 Millionen Franken mit einer neuen Verschuldung in die nächste Etappe starten. Der Kompromissantrag macht es aber möglich, dass der volle Betrag eingesetzt werden könnte, falls dieser benötigt würde.

Dr. Pawel Silberring (SP): Die SP will, dass das wichtige Werk zu Ende gebaut werden kann. Wegen einer 6-prozentigen Kostenüberschreitung, von der momentan nicht einmal feststeht, ob sie tatsächlich anfallen wird, wollen wir ein derart wichtiges Projekt nicht gefährden. Eine grosse Mehrheit der Stimmberechtigten hat dem Projekt zugestimmt. Für uns war eine Zustimmung zur Weisung deshalb auch der beste Entscheid. Spätestens aber, als im Sommer Interna aus den Kommissionen in den Medien auftauchten und kommentiert wurden, wurde klar, dass nicht mehr alle Partner, die damals 2016 das Geschäft unterstützt haben, weiterhin mit dabei sind. Wir standen drei unterschiedlichen Dispo-Anträgen gegenüber. Sie waren aus unserer Sicht alle deutlich schlechter als der stadträtliche Vorschlag. Der Dispo-Antrag der AL mit einem Darlehen statt einem Investitionsbeitrag hat den Nachteil, dass die Kongresshausstiftung ihre Tätigkeit möglicherweise mit einer Schuldenlast aufnehmen muss. Der Vorteil des AL-Vorschlags liegt aber doch darin, dass der gesamte beantragte Betrag für das Projekt zur Verfügung steht, falls er benötigt werden sollte. Der GLP-Antrag enthält eine schlecht begründete und willkürlich anmutende Kürzung des Betrags. Der Sinn einer Reserve, die nur verwendet werden soll, wenn es wirklich notwendig ist, war für uns nicht nachvollziehbar. Der Vorteil des GLP-Vorschlags liegt darin, dass es sich um einen Investitionsbeitrag handelt und die Kongresshausstiftung somit nicht verschuldet in die neue Etappe starten muss. Der Dispo-Antrag der FDP wiederum will die gesamte Reserve streichen und akzentuiert damit die Nachteile des GLP-Vorschlags. Vorteile sind für uns im Antrag der FDP nicht ersichtlich. Mit dieser Ausgangslage fand ein Ringen um mehrheitsfähige Lösungen statt. Sowohl die konstruktive Mitte als auch die radikal-pragmatische Linke waren bereit, ihre Vorschläge bezüglich der Zahlen anzupassen, um mit uns eine Mehrheit zu erreichen. Schliesslich haben beide einen gewissen Kompromisswillen angeboten. Dadurch war es für uns interessanter, uns darauf einzulassen, als auf eine prekäre Mehrheit. Keine der antragsstellenden Fraktionen wollte uns zusichern, in einer Schlussabstimmung auch in jenem Fall zuzustimmen, wenn ihr Vor-

schlag abgelehnt wird. Das ist taktisch nachvollziehbar. So haben wir uns in enger Absprache mit den anderen Partnern, die der stadträtlichen Vorlage zustimmen wollten, für jene Variante entschieden, die uns für das Projekt am geeignetsten erschien: Den Vorschlag der AL. Er lässt den Betrag an die Tonhalle unangetastet und er ermöglicht die vorgesehenen Projektoptimierungen. Zudem verbleibt noch eine Reserve, bevor die Kongresshausstiftung allenfalls einen Kredit aufnehmen muss. Im besten Fall wird sie ihren Betrieb tatsächlich schuldenfrei starten können.

Pärparim Avdili (FDP): *Viele Punkte wurden bereits erwähnt. Man ist kritisch auf die Weisung eingegangen. Auch der Stadtrat versuchte, sich kritisch damit auseinanderzusetzen. In den entsprechenden Kommissionen wird immer noch darüber beraten, was falsch gelaufen ist. Nichtsdestotrotz mussten wir als SK FD beurteilen, was wir mit dem Nachtragskredit tun, nachdem der budgetierte Betrag nicht ausreicht. Wir sprachen in der Kommissionsberatung oft darüber, ob dieser Betrag dann auch tatsächlich reichen würde. Wenn man es mit der Bestellung eines Autos vergleicht, wurde in der Kommission immer wieder erwähnt, dass man keinen Luxuswagen bestelle, sondern einen Wagen der Mittelklasse. Es wurde zugesichert, dass man bei dieser Bestellung sämtliche Anforderungen berücksichtigt werden können, die an ein Kongresshaus dieser Grössenordnung gestellt werden. Man wollte keinen Rolls-Royce, sondern einen Audi bauen. In der Produktion wurde dann festgestellt, dass zum Beispiel die Autositze fehlen. Ich will damit aufzeigen, wie leichtsinnig mit dem Geld umgegangen wird. Zudem müsste bei einer Autobestellung der Verkäufer dem Käufer dann auch aufzeigen, wofür das zusätzliche Geld benötigt wird. Ein weiteres Problem: Die Stadtverwaltung sollte nicht Aufgaben wahrnehmen, die Private wahrnehmen können. Private können den Auftrag besser und effizienter erledigen, weil sie marktwirtschaftlich funktionieren und einem realen Umfeld ausgesetzt sind, auch wenn es um Kostendiskussionen geht. Gleichzeitig existieren in jenem Fall auch marktwirtschaftliche Verträge und es können Konsequenzen gezogen werden. In diesem Fall war dies offenbar nicht möglich. Ebenfalls ein Problem sind aus unserer Sicht die Projektoptimierungen in der Höhe von 2,5 Millionen Franken. Das Geld reicht nicht aus für diese Optimierungen, weil die Reserven oder ein Teil davon für andere Projekte verwendet wurden. Der Steuerzahler hat gar keine Wahl. Man baut zwar ein tolles Kongresshaus, aber zentrale Elemente fehlen noch. Natürlich sagt man dann Ja dazu. Es sollte aber Konsequenzen haben, wenn man ein so gigantisches Projekt so schlecht erledigt. Es ist ein guter Moment, auch einmal über die Grundaufgabe der Stadt nachzudenken. Wenn man eine externe Firma beauftragen würde, könnte man marktübliche Verträge erstellen, in denen Verantwortlichkeiten geklärt sind. Im vorliegenden Fall könnte man vermutlich höchstens irgendwelche interne Zahlungen streichen. Das ist auch der Grund, warum der Antrag der AL letztlich nichts anderes ist als das, was der Stadtrat bezüglich der Finanzen einfordert. Die AL will sämtliche Gelder zur Verfügung stellen, obwohl nicht klar ist, wofür das Geld überhaupt gebraucht wird. Deshalb will die FDP den Betrag bei 2,5 Millionen Franken festlegen. Es handelt sich dabei um konkrete, zweckgebundene Beiträge für die Tonhalle. Wir wissen genau, wofür es bei den Beiträgen geht. Bei einem Nachtragskredit, bei Mehrkosten können wir nicht mehr Geld sprechen als konkret benötigt wird.*

Stefan Urech (SVP): Stadtrat André Odermatt sprach davon, dass keine Planungsfehler gemacht worden seien, sondern, dass die Planung einfach zu wenig ausgereift gewesen sei. Das hört sich nach professionellem Reframing an. Am Ende des Tages muss man es trotzdem als Fehler betrachten. Irren ist menschlich, gerade bei einem solchen Projekt. Es muss Raum für Fehler geben. Ich dachte, dass im Kredit eine Spannbreite von 15 % für Unvorhergesehenes eingeplant sei. Man geht jeweils davon aus, dass es eine Marge für Fehler und unausgereifte Planungen braucht. Es kann vorkommen, dass auch diese 15 % nicht mehr ausreichen, die man eingeplant hat. Aber bei diesem Projekt mit seiner Vorgeschichte sollte das nicht der Fall sein. 2016 standen wir vor einem Desaster. Wir mussten 72 Millionen Franken Schuldenerlass gewähren. Wir sprachen einen riesigen Betrag für die Tonhalle. Nach dieser Vorgeschichte müsste man bei einem solchen Projekt dreimal so genau hinschauen. Die GLP warf der FDP in der Fraktionserklärung Klientelwirtschaft und Filz vor. Ich nehme an, das liegt daran, dass die Tonhalle-Gesellschaft von Martin Vollenwyder präsidiert wird. Wenn man die Sache aber so betrachtet, müsste man an den Januar 2016 zurückdenken, als wir über die öffentlich-rechtliche Kongresshausstiftung diskutierten und Martin Luchsinger (GLP) das Anliegen vertrat. Er ist mittlerweile im Vorstand der Kongresshausstiftung. Man könnte somit ebenso sagen, dass die GLP in diesem Filz mit drin ist. Es ist mir klar, dass die beiden Organisationen die Leidtragenden des Fauxpas des Hochbauamts sind. Trotzdem wäre es besser, wenn die GLP und die FDP vielleicht nicht unbedingt Leute an jenen Positionen einsetzen würde, die so nah mit den Geschäften im Gemeinderat verbunden waren.

Severin Pflüger (FDP): Es begann mit einer Pinselsanierung. Dann standen wir bei 143 Millionen Franken. Es wurden Reserven angefügt und wir standen bei 165 Millionen Franken. Der Stadtrat hat das schrittweise so präsentiert. Wir setzten der Erhöhung an jenem Punkt ein Ende. Der Stadtrat versicherte uns, dass es nicht so weitergehen würde. Ich erinnere mich daran, dass der ehemalige Gemeinderat Niklaus Scherr (AL) sagte, dass wir uns diese Aussage merken würden. Es müsse aber aufgepasst werden, weil sich das Kongresswesen und die Bedürfnisse auch ändern könnten. Der Stadtrat versicherte, er würde aufpassen. Und nun liegt die Weisung vor. Aus Planungsfehlern werden Planungslücken. Aus Reserven für Unvorhergesehenes wird Dotationskapital, das ausserhalb des Einflusses des Stadtrats ist. Man fragt sich, wie es so weit kommen konnte. In der Weisung heisst es, viele Punkte seien mangelhaft gewesen. Ich vermute, dass es an den Strukturen lag. Nur ungern zeige ich mit dem Finger auf konkrete Personen. Aber: Wir haben den Stadtrat und den Stiftungsrat. Im Stiftungsrat befinden sich keine Spezialisten für Kongresshausbau, für Gastronomie, für Kulturstädte. Dann wird ein Führungsausschuss eingesetzt, der aus drei Stadträten mit voller Agenda besteht. Auch hier ist zwar viel Macht akkumuliert, aber wenig Zeit und wenig Know-how vorhanden. Diese Personen geben die Aufgaben ans AHB ab, das als Vertretung der Bauherrschaft fungiert. Dort kam es dann schliesslich zum Totalausfall. Vielleicht liegt der Wurm tatsächlich in der Struktur. Man hätte dafür sorgen müssen, dass Spezialisten mitarbeiten. Diese könnten berücksichtigen, was es braucht, dass beispielsweise die Gastronomie funktionieren kann, damit Mieterträge erwirtschaftet werden können und so weiter. Man könnte nun sagen: Stadtpräsidentin Corine Mauch war dafür zuständig, dass es

dort Kultur und Wirtschaftsförderung gibt. Sie hat diesen Auftrag erfüllt. Es wird Musik geben und es werden Kongresse durchgeführt werden. Stadtrat André Odermatt wiederum muss dafür sorgen, dass die Gebäude, die die Stadt baut, schön und erdbebensicher sind. Das Gebäude wird erdbebensicher sein und auch schön. Das Finanzdepartement wiederum ist dafür zuständig, dass es nicht zu teuer wird und dass die Verträge, die man mit den Betreibern abschliesst, so ausgestaltet sind, dass man zumindest einen Teil der Investitionen amortisieren kann. Umgekehrt müssen wir so bauen, dass so gewirtschaftet werden kann, dass etwas zurückkommt. Es wäre aber zu kurz gedacht, die Schuld einer einzigen Person anzuhängen. Das ganze Konstrukt wurde falsch aufgelegt und falsch umgesetzt.

Christoph Marty (SVP): Das Problem begann schon früh. Der Stadtrat empfahl den Stimmbürgern eine ungeeignete Vorlage zur Annahme. Zum Vergleich mit der Autobestellung, den wir gehört haben: Es ging hier im Grunde darum, die Restaurierung von zwei Oldtimern in Auftrag zu geben, die ein Nice-to-have sind, aber heute keinen praktischen Nutzen mehr bieten. Die Stimmbürger folgten dem Stadtrat gutgläubig. Jetzt stehen wir vor dem Scherbenhaufen. Die Argumentation der Grünen, dass ein Kongresshausmuseum restauriert werden musste, damit ein richtiges Kongresshaus verhindert werden kann, wirkt skurril. Die Stadt erhält das Kongresshaus nicht, das sie brauchen würde. Das Abenteuer erwies sich als Fass ohne Boden. So muss nun Geld nachgeschossen werden. Aber wie immer gibt es kein Problem, das in dieser Stadt nicht mit neuem Geld zugeschüttet werden könnte. Die Stadt will ein Kongresshaus und ein Konzerthallenkmal erhalten. Es ist nicht verwunderlich, dass wir mit dieser Entwicklung nicht einverstanden sind. Es wäre schön, wenn ein gewisser Lerneffekt folgen würde. Wir haben aber keine grossen Hoffnungen, wenn man nicht einmal Planungsfehler zugeben will.

Raphaël Tschanz (FDP): Die RPK hat sich eingehend mit der Frage befasst, wie die Reserven definiert werden und was man bei der Behandlung der Weisung im Jahr 2015 bezüglich der Reserven in der Spezialkommission Finanzdepartement (SK FD) diskutierte. Auf nicht weniger als 43 Seiten werden im Gesamtdokument die Reserven diskutiert. Man war sich sehr wohl bewusst, dass es ein schwieriges Projekt ist und dass die Reserven ein wichtiger Teil des Projekts sein werden. Die RPK befand, dass aufgrund der Analyse der Protokolle der SK FD zwei Punkte unmissverständlich sind. Erstens: Die 15 % Reserven waren ausschliesslich für Unvorhergesehenes bestimmt wie Asbest, Unsicherheit wegen des aufgeschütteten Baugrundes, alte Bausubstanz und so weiter. Zweitens: Mehrkosten, die nicht auf Unvorhergesehenes zurückzuführen sind – das wären im vorliegenden Fall die Projektoptimierungen – dürfen nicht aus der Reserve bezahlt werden, sondern müssen an anderen Orten eingespart werden. Dazu gibt es Aussagen der zuständigen Stadträte in der SK FD, und auch von der Direktorin des AHB, die letztlich auch die Bauherrenvertretung für das Projekt verantwortet. Ich zitiere einige Personen aus dem Dokument. Wiebke Rösler: «Wir gehen nicht davon aus, dass es zu einer Kostenüberschreitung kommen wird. Es ist uns klar, dass wir das Projekt für die vorgesehenen 165 Millionen Franken realisieren müssen.» Stadtpräsidentin Corine Mauch: «Wie auch beim Kunsthaus gibt es eine Kostenvorgabe für die Realisierung, die

verbindlich und nicht verhandelbar ist. Mehrkosten müssen kompensiert werden.» Stadtrat André Odermatt: «Die Verbindlichkeit in der Kostenfrage bedeutet, dass, wenn Kosten hinzukommen, etwas anderes eingespart werden muss. Die neue Stiftung als Bauherrin steht hier in der Pflicht. Wir setzen uns zum Ziel, die Reserven unangetastet zu lassen.» An dieser Sitzung war auch Stadtrat Daniel Leupi anwesend. Er hat sich nicht zu Wort gemeldet, aber wir müssen davon ausgehen, dass er diese Aussagen gestützt hat. Wenn man zusammenfasst, was in der Weisung verlangt wird und was damals gesagt wurde, kommt die RPK zum Schluss, dass die 5,6 Millionen Franken für die Projektoptimierungen, die man den Reserven entnahm, zu einem anderen Zweck als vom Stadtrat zugesichert verwendet werden. Wenn es nicht zu Projektoptimierungen gekommen wäre, hätte das Geld gereicht. Zur Korrektur am Kostenvoranschlag wird auf Planungslücken verwiesen. Auch diese sind kein Grund, die Reserven anzutasten. Es handelt sich nicht um Unvorhergesehenes. Die SK FD liess sich 2016 vom Stadtrat das Versprechen geben, dass das Geld ausreichen wird und dass allfällige Mehrkosten für Projektoptimierungen kompensiert werden müssen. Nun soll das alles nicht mehr gelten. Man kann sich fragen, welchen Wert das Wort des Stadtrates bei Kommissionen hat, wenn es bereits wenige Jahre später nicht mehr gilt.

Walter Angst (AL): *Man sollte die Dimensionen wahren. In der Geschichte des Kongresshauses hatten wir schon ganz andere Probleme und Beträge. Ich erinnere an die Sanierung, die das grosse Schuldenloch hervorrief. Das war kein Produkt der rot-grünen Mehrheit. Ich erinnere an den ehemaligen Stadtrat Vollenwyder, der mit seiner Zürich Forum AG und danach mit dem Moneo-Projekt scheiterte. Wenn man diese Fälle mit der vorliegenden Dimension vergleicht, muss man sagen: Wir haben ein Problem, aber es ist nicht der Weltuntergang von Zürich, auch wenn es mehr als unschön ist, und wir nicht bereit sind, den Objektkredit einfach so zu sprechen. Zusammenfassend muss ich aber sagen, dass ich glücklich bin, dass es am betreffenden Ort am Zürichseeufer neben ganz viel Geld – Banken, Versicherungen – noch eine kleine Ecke hinter ein paar schönen Bäumen gibt, die öffentlich ist. Dass wir uns das erhalten haben, finde ich sehr gut. Das Gebäude wird wie ein kleiner Findling sein neben dem Zürich des Geldes, das zu stark dominiert. Ich hoffe, dass wir auch künftig gute Veranstaltungen im Kongresshaus und in der Tonhalle geniessen können. Das Problem, das wir haben, lautet: Wir sind in Verhandlungen mit den Partnern und sind konfrontiert mit den Forderungen von der Tonhalle AG, man brauche neue Sessel. Gleichzeitig müssen wir Geld sprechen, was wiederum die Kosten für die Allgemeinheit erhöht. Wir haben nie über den Sinn der Projektänderungen diskutiert. Es ist eine Frage der Bauherren und der Nutzer, dies zu klären. Wir sind nicht bereit, zusätzlich zu den 165 Millionen Franken nochmals 13 Millionen oder 9,4 Millionen Franken zu bewilligen, von denen sich die Nutzer dann bedienen können. Wenn die Nutzer zusätzliche Wünsche umsetzen möchten, sollen sie selber dafür sorgen, wie sie über die Runden kommen und dass am Schluss das Versprechen funktioniert, dass sich die Neustruktur aus den Erträgen und den Beiträgen der Stadt finanziert und einen Erneuerungsfonds bilden kann, um langfristig die Bausubstanz zu wahren. Wir hätten die 9,4 Millionen gerne als Darlehen vergeben und abgewartet, wie sich alles entwickelt. Die Rückzahlung des Darlehens bei den aktuellen Zinsen hätte die Betriebsgesellschaft und den Businessplan nicht durcheinander gebracht.*

Es wäre machbar gewesen. Ebenso wäre es ein Signal gewesen an die beiden Nutzer und an die Stadt, etwas auszuhandeln, das funktioniert, und nur noch die Investitionen zu machen, die ökonomisch Sinn machen. Man kann in einem solchen Bauprojekt auch in vier Jahren noch etwas ergänzen. Auch die Sessel hätte man später noch ersetzen können. Das Tongefühl wäre dadurch nicht vermindert gewesen und der Umsatz wäre nicht zusammengebrochen. Solche Frage hätten von den Verantwortlichen diskutiert werden müssen. Man sollte darauf achten, dass künftig solche Probleme nicht mehr vorkommen. Das wäre unser Wunsch gewesen. Wir haben uns nun von der SP und den Grünen überreden lassen, nicht alles als Darlehen zu geben. Mit diesem mehrheitsfähigen Vorschlag kann man das Kongresshaus und die Tonhalle fertig bauen und eine weitere Verzögerung vermeiden.

Dr. Urs Egger (FDP): *Walter Angst (AL) erwähnte, es sei schön, dass es noch diese öffentliche Ecke am See gäbe. Ich weise darauf hin, dass das gesamte untere Seebecken öffentlich zugänglich ist. Die Versicherungen und Banken befinden sich weiter hinten. Allerdings ist zu sagen, dass sie das alles aber seit vielen Jahren mit Steuergeldern finanzieren. Mittlerweile gibt es mit gewissen Versicherungen noch andere Abmachungen, die den Park am See finanzieren. Man sollte nicht vergessen, wer am Schluss in der Stadt das schöne Seebecken finanziert. Die rot-grüne Seite sagte vorher, 13 Millionen Franken seien «Peanuts». Mit dieser Haltung kommt die Stadt irgendwann nicht mehr weiter. Die Gelder kommen letztlich aus Steuermitteln und man sollte sorgfältiger damit umgehen. Für mich sind 13 Millionen Franken immer noch ein verhältnismässig hoher Betrag. Zur SVP: Zweifellos kann man darüber diskutieren, ob der Kongresshausmarkt heute noch so ist wie vor sechs Jahren. Er ist es nicht mehr. Wir haben dort aber denkmalgeschützte Gebäude und das gibt gewisse Verpflichtungen. Wenn man aber ein Tonhalle-Orchester als ein Nice-to-have und verniedlichend darstellt, hat man nicht verstanden, was der Erfolg der Stadt ausmacht. Es geht um Weltspitze. Wenn man dem nicht Sorge trägt und es davonschwimmen lässt, ist der Erfolg dieser Stadt bald nicht mehr da. Wenn man jegliche Kultur als Nice-to-have und für eine kleine Minderheit vorgesehen betrachtet, ist das fragwürdig.*

Roy Shaibal (GLP): *Der Umbau hätte 165 Millionen Franken kosten sollen. Es lief bereits von Anfang an nicht gut. Man hatte eine ungenaue Basis für die Kostenkalkulation genutzt. Das führte dazu, dass wir nun über die vorliegende Weisung diskutieren. Mich würde interessieren, warum man das Geld ursprünglich in Form eines Dotationskapitals gesprochen hat. Es wurde dem Stimmvolk versprochen, dass der Betrag eingehalten wird. Dem war nicht so. Wenn wir die Kostenkalkulation auf einer seriösen Basis gemacht hätten, in einer Tiefe, die man in einem solchen Projekt haben müsste und einen Reserveansatz zwischen 15 und 25 % gesprochen hätten, dann hätten wir den ursprünglichen Kredit nicht bei 165 Millionen Franken angesetzt, sondern noch höher, als er jetzt zusammen mit dem Nachtragskredit zustande kommen wird. Der Prozess, wie die Gelder im Verlauf des Projekts eingesetzt wurden, ist fragwürdig. Es war ein regelrechtes Wunschkonzert der Mieterschaft Tonhalle und Kongresshaus. Leider fehlte in diesem Wunschkonzert ein Dirigent. Die einzelnen Wünsche wurden zwar beurteilt. Sie wurden aber dann im Grossen und Ganzen freigegeben. Wir wollen in unserem Antrag*

eine Klausel einsetzen, die bedingt, dass der Nutzer einen von ihm gewünschten Ausbau auch selber finanzieren soll. Es ist mir rätselhaft, aus welchem Grund sich Links-Grün dem Rettungsanker der AL anschliesst. Sie sprachen sich gegen eine neue Verschuldung aus. Gleichzeitig wird gesagt, unser Antrag stelle ein Risiko dar, weil dann zu wenig Geld gesprochen würde. Man scheint davon auszugehen, dass nicht nur die 50 % beansprucht werden, sondern auch die 50 %, die ein Darlehen darstellen. Wir übergeben der nächsten Generation ein Darlehen und sie kann sich darum kümmern, wie die Stiftung dann wieder entschuldet wird. Das wollen wir nicht. Sie sollen nicht das tun müssen, was wir vor zwei Jahren tun mussten. Ich frage mich, wo die Lehren sind, die wir aus diesem Prozess ziehen. Man kann dem Stadtrat zugutehalten, dass er frühzeitig informiert und versucht hat, Transparenz zu schaffen. Die Behandlung des Geschäfts in den drei Kommissionen war aber aus unserer Sicht wenig vertrauensbildend. Offensichtlich ist nur eines: Viel wichtiger als der Betrag des Nachtragskredits ist, dass wir uns gesamthaft als Stadtrat, als Gemeinderat der Grundsatzfrage stellen bezüglich Governance bei grossen Bau-/Sanierungsprojekten, Projektverantwortlichkeiten, Vereinfachung der komplexen Strukturen und vielleicht auch verstärkte Einbindung von Experten. Weder im Gemeinderat noch im Stadtrat sind Experten vorhanden, die ein solches Projekt führen können. Wir müssen uns diesen Fragen widmen, unabhängig davon, was heute Abend entschieden wird.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Ich möchte mich zuerst für die verhältnismässig sachliche Debatte bedanken. Dem Stadtrat ist es nicht überall gelungen, die Mittel vollumfänglich einzuhalten. Ich begreife, dass diesbezüglich ein gewisser Ärger vorhanden ist. Umso mehr schätze ich es, dass die Diskussion in einem sachlichen Rahmen abgelaufen ist. Deshalb werde ich darauf verzichten, auf einzelne Voten einzugehen, mit einer Ausnahme: Wenn man einem ehemaligen Gemeinderatsmitglied vorwirft, es sei Filz, wenn diese Person damals in ihrer Funktion als Gemeinderat handelte und nicht daran dachte, dass er einmal eine mit dem Thema verknüpfte Funktion erhalten könnte, ist das wirklich unfair. Ich bin froh, dass eine Einordnung vorgenommen wurde, was das ganze Thema betrifft. Mit Blick auf die ganze Geschichte ist der Betrag nicht die grosse Katastrophe. Wir haben frühzeitig kommuniziert und konfrontieren den Rat nicht erst in der Schlussabrechnung mit einer Kostenüberschreitung. Dass der Stadtrat sorgfältig mit den Mitteln umgehen wollte, kann man von mir aus bezweifeln. Man kann uns auch die damaligen Voten vorhalten. Ich möchte aber festhalten, dass aus den Protokollen auch hervorgeht, dass wir sehr viel unternommen haben, damit die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Es ist dokumentiert, wie wir Limiten gesetzt haben. Baufachleute forderten immer deutlich höhere Beträge. Wir hielten dann auch die Reserven enger. Man hätte 20 % Reserven beantragen können. Das kann man als Fehler bezeichnen. Ich möchte aber betonen, dass wir nicht einfach nicht zugeschaut und nicht über die Kosten gesprochen haben. Die Kosten waren dauernd ein Thema. Es ist mir klar, dass es Fehler gab. Fehler gibt es immer. Wer behauptet, man könne einen solch komplexen grossen Bau fehlerfrei durchführen, muss das erst einmal beweisen. Es ist keine realistische Ausgangslage. Aber die Fehler passierten auch intern. Das ist nicht zu bestreiten. Wir stehen dazu. In*

diesem Sinn nehmen wir auch das Postulat entgegen und ich kann versichern, dass wir alle Thematiken ungeschminkt darlegen werden. Die nun entstandene Kompromisslösung ist aus unserer Sicht unschön. Wir hatten ein Gesamtkonzept für die Stiftung, die damals eine breite Mehrheit gefunden hatte. Das Gesamtkonzept beinhaltete, dass die Stiftung ihre Tätigkeit schuldenfrei starten kann. In diesem Sinne halten wir die Idee mit dem Darlehen oder dem Teil-Darlehen für unschön. Die ganze Verantwortung lastet auf der Stiftung. Der Kompromiss ist aber aus drei Gründen tragbar. Erstens: Möglicherweise wird man nicht von den Mitteln Gebrauch machen müssen. Zweitens: Der Betrag ist viel kleiner als derjenige von damals, als es um die alte Stiftung ging. Das relativiert die mögliche Schuldenlast. Drittens: Man gibt der Stiftung das Recht, bei der Stadt das Geld aufzunehmen. Die Stiftung kann dies aber auch auf dem Kapitalmarkt tun, wo der Durchschnittszins tiefer ist. In diesem Sinn bin ich froh, dass wir einen Weg gefunden haben, der es uns ermöglicht, den Bau abzuschliessen. Die Mittel nicht zu sprechen oder das Risiko einzugehen, einen Baustopp zu riskieren, käme einem Schuldbürgerstreich gleich. Wir werden nochmals über den ganzen Vorgang zu sprechen kommen, wenn wir den Bericht zum Postulat liefern.

Änderungsanträge 1–3 zum Antrag des Stadtrats

Die Mehrheit der SK FD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für die Instandsetzung und den Umbau von Kongresshaus und Tonhalle wird ein Zusatzkredit von höchstens Fr. 13 100 000.– wie folgt bewilligt:

- a. Als einmaliger Investitionsbeitrag an die Kongresshaus-Stiftung Zürich (und nicht als Dotationskapital) für bauseitige Mehrkosten: höchstens Fr. 9 400 000.–
Fr. 4 700 000.–;
- b. Als ein zu 1,75 Prozent verzinsliches, innert 25 Jahren rückzahlungspflichtiges und grundpfandgesichertes Darlehen an die Kongresshaus-Stiftung Zürich für bauseitige Mehrkosten: höchstens Fr. 4 700 000.–;
- ~~b.c.~~ Als einmaliger Beitrag an die Tonhalle-Gesellschaft zur Deckung der Kosten wegen der Eröffnungsverschiebung: höchstens Fr. 3 700 000.–.

Die Minderheit 1 der SK FD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für die Instandsetzung und den Umbau von Kongresshaus und Tonhalle wird ein Zusatzkredit von höchstens Fr. 13 100 000.– Fr. 6 200 000.– wie folgt bewilligt:

- a. Als einmaliger Investitionsbeitrag an die Kongresshaus-Stiftung Zürich (und nicht als Dotationskapital) für bauseitige Mehrkosten für die ausschliessliche Verwendung für die geplanten Projektoptimierungen (Vereinssaal: Nutzbarkeit für Präsentationen, Galerie Kongresshaussaal: Auffrischen der Bestuhlung, Grosse Tonhalle: Instandsetzung Saalbestuhlung, Schallankoppelung, Ersatz Parkett, zusätzliche Hubpodien

14 / 15

im Bühnenbereich, digitale Kommunikationsmassnahmen, Kunst und Bau, zusätzliche Fassadenbeschriftung): höchstens ~~Fr. 9 400 000.–~~ Fr. 2 500 000.–;

- b. Als einmaliger Beitrag an die Tonhalle-Gesellschaft zur Deckung der Kosten wegen der Eröffnungsverschiebung: höchstens Fr. 3 700 000.–.

Der in der Gemeindeabstimmung vom 5. Juni 2016 gemäss Ziffer 1 bewilligte Objektkredit von höchstens Fr. 239 450 000.– erhöht sich somit um höchstens ~~Fr. 13 100 000.–~~ ~~Fr. 6 200 000.–~~ auf höchstens ~~Fr. 252 550 000.–~~ Fr. 245 650 000.–. Die im gleichen Beschluss gemäss Ziffer 2 bewilligten jährlichen wiederkehrenden Beiträge von höchstens Fr. 5 400 000.– bleiben unverändert.

Die Minderheit 2 der SK FD beantragt folgende Änderung (mit neuer Dispositivziffer: der Antrag des Stadtrats wird zur Dispositivziffer 1) zum Antrag des Stadtrats:

1. Für die Instandsetzung und den Umbau von Kongresshaus und Tonhalle wird ein Zusatzkredit von höchstens ~~Fr. 13 100 000.–~~ Fr. 10 400 000.– wie folgt bewilligt:
- a. Als einmaliger Investitionsbeitrag an die Kongresshaus-Stiftung Zürich (und nicht als Dotationskapital) für bauseitige Mehrkosten: höchstens ~~Fr. 9 400 000.–~~ Fr. 6 700 000.–;
- b. Als einmaliger Beitrag an die Tonhalle-Gesellschaft zur Deckung der Kosten wegen der Eröffnungsverschiebung: höchstens Fr. 3 700 000.–.

Der in der Gemeindeabstimmung vom 5. Juni 2016 gemäss Ziffer 1 bewilligte Objektkredit von höchstens Fr. 239 450 000.– erhöht sich somit um höchstens ~~Fr. 13 100 000.–~~ Fr. 10 400 000.– auf höchstens ~~Fr. 252 550 000.–~~ Fr. 249 850 000.–. Die im gleichen Beschluss gemäss Ziffer 2 bewilligten jährlichen wiederkehrenden Beiträge von höchstens Fr. 5 400 000.– bleiben unverändert.

2. Die in der Dispoziffer 1.a enthaltenen Reserven sind ausschliesslich für Unvorhergesehenes zu verwenden, das heisst, nur für Ausgaben, die keinen Ermessensspielraum zulassen. Projektänderungen sind nur zulässig, wenn sie durch höhere Mieten amortisiert werden können.

Mehrheit: Christina Schiller (AL), Referentin; Vizepräsident Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Luca Maggi (Grüne), Elena Marti (Grüne), Zilla Roose (SP), Dr. Pawel Silberring (SP), Vera Ziswiler (SP)

Minderheit 1: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Pärparim Avdili (FDP)

Minderheit 2: Pirmin Meyer (GLP), Referent

Enthaltung: Emanuel Eugster (SVP), Maria del Carmen Señorán (SVP) i. V. von Martin Götzl (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit

70 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

15 / 15

Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Die SK FD beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

- Zustimmung: Christina Schiller (AL), Referentin; Vizepräsident Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Luca Maggi (Grüne), Elena Marti (Grüne), Zilla Roose (SP), Dr. Pawel Silberring (SP), Vera Ziswiler (SP)
- Enthaltung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Përparim Avdili (FDP), Emanuel Eugster (SVP), Pirmin Meyer (GLP), Maria del Carmen Señorán (SVP) i. V. von Martin Götzl (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 70 gegen 16 Stimmen (bei 31 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Für die Instandsetzung und den Umbau von Kongresshaus und Tonhalle wird ein Zusatzkredit von höchstens Fr. 13 100 000.– wie folgt bewilligt:

- a. Als einmaliger Investitionsbeitrag an die Kongresshaus-Stiftung Zürich (und nicht als Dotationskapital) für bauseitige Mehrkosten: höchstens Fr. 4 700 000.–;
- b. Als ein zu 1,75 Prozent verzinsliches, innert 25 Jahren rückzahlungspflichtiges und grundpfandgesichertes Darlehen an die Kongresshaus-Stiftung Zürich für bauseitige Mehrkosten: höchstens Fr. 4 700 000.–;
- c. Als einmaliger Beitrag an die Tonhalle-Gesellschaft zur Deckung der Kosten wegen der Eröffnungsverschiebung: höchstens Fr. 3 700 000.–.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Oktober 2019 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 9. Dezember 2019)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat